

Koschyk: Einsparungsbedarf von jährlich zehn Milliarden

„Alle Parteien haben einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz im Hotelgewerbe gefordert“ – Exklusiv-Interview mit dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Hartmut Koschyk, MdB

Herr Koschyk, Sie sind jetzt gut 100 Tage in Ihrem neuen Amt als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. Zuvor, als Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag, verkündeten Sie Frohbotschaften für die Wähler, nun als quasi rechte Hand von Finanzminister Wolfgang Schäuble werden Sie eher dazu da sein, geplante Grausamkeiten als Notwendigkeiten schönzureden. Vergnügungssteuerpflichtig ist Ihr neuer Job sicher nicht, oder?

Koschyk: Auch als Parlamentarischer Geschäftsführer war ich gefordert, verantwortungsbewusste Politik für Deutschland durch die CSU-Landesgruppe in Berlin mitzugestalten. Insofern ging es nie nur um Wohltaten, sondern es ging auch um das Bewältigen der größten Finanz- und Wirtschaftskrise, die Deutschland nach dem Krieg erlebte. Wie Sie wissen, stand die CSU mit in der Regierungsverantwortung und leistete ihren Beitrag zur Überwindung der Krise. Jetzt geht es darum, dass wir durch eine kluge Haushalts- und Finanzpolitik dafür sorgen, dass auch in den nächsten Jahren Deutschland erfolgreich aus der Krise herauskommt, dass wir die Rahmenbedingungen für die kommenden Herausforderungen schaffen, um so wieder stärkeres Wachstum und damit einen stabilen Arbeitsmarkt zu bekommen – alles Voraussetzungen für die Sicherung unserer Sozialsysteme.

Mit den Steuererleichterungen dürfte aber vorerst einmal Schluss sein. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ihr Minister haben ja schon dunkle Andeutungen gemacht, dass der Gürtel künftig enger geschnallt werden muss. Auf was müssen wir uns einstellen? Und wann werden wir Näheres dazu erfahren?

Koschyk: Wir haben ja auch für dieses Jahr umfangreiche Entlastungen für Unternehmen, Familien, aber auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf den Weg gebracht. Insgesamt greifen in diesem Jahr mit den Maßnahmen der alten Regierung, aber auch mit den Sofortmaßnahmen der jetzigen Koalition Entlastungen in einem Umfang von 20 Milliarden; der größte Brocken mit 4,6 Milliarden ist für die



Staatssekretär Koschyk.

Familien. Wir korrigieren Schief lagen bei der Erbschaftsteuer, wir stützen die Bauern, das Handwerk und den Mittelstand, wir stabilisieren die Agentur für Arbeit und die gesetzliche Krankenversicherung.

Und dann? Geht es dann flott weiter mit dem Schuldenmachen?

Koschyk: Wir haben die Krise noch nicht endgültig überwunden. Deshalb werden wir auch in diesem Jahr eine sehr hohe Nettokreditaufnahme haben, die jetzt im Haushaltsentwurf mit 85,8 Milliarden angelegt ist, die wir aber noch im Haushaltsberatungsverfahren absenken werden. Mut macht uns dabei, dass zum Beispiel im letzten Jahr die Nettokreditaufnahme mit 49,1 Milliarden veranschlagt war, aber wir zum Jahresende 2009 tatsächlich nur 34,1 Milliarden an neuen Schulden aufnehmen mussten. Das zeigt uns, dass der Schlüssel für die notwendige Konsolidierung des Haushalts Wachstum und Beschäftigung sind. Wenn wir wieder zu

mehr Wachstum kommen, dann bedeutet das mehr Steueraufkommen und weniger Einnahmeverluste für die Sozialsysteme. Nach der nächsten Steuerschätzung im Mai werden wir uns darüber verständigen, wie der Haushalt 2011 und die mittelfristige Finanzplanung zu gestalten sein werden. Erst dann werden wir überlegen, ob und wann weitere Steuererleichterungen möglich sein werden. Dann werden wir auch entscheiden, welche Maßnahmen für die Konsolidierung notwendig sind. Eins ist klar: Wir müssen im Etat des Jahres 2011 anfangen, das strukturelle Haushaltsdefizit abzubauen. Und da geht es um einen Einsparungsbedarf von jährlich etwa zehn Milliarden.

Allen ist klar, dass die Staatsverschuldung ein unerträgliches Ausmaß angenommen hat. Es ist höchste Zeit, dass die Schuldenbremse zu greifen beginnt. Doch es ist halt leider auch so, dass jede Interessengruppe glaubt, das Sparen müsse zunächst bei den anderen beginnen. Wie wird Ihr Haus bei Kürzungen

vorgehen? Mit der Rasenmäher-Methode oder unter Berücksichtigung von speziellen Notwendigkeiten?

Koschyk: Die Union hat in der Regierungsverantwortung bereits mehrfach bewiesen, dass Konsolidierung und wachstumsorientierte Haushalts- und Finanzpolitik sich nicht widersprechen. Als wir im Jahr 1982 die Regierung übernommen haben, haben wir durch eine kluge Steuerreform und Haushaltskonsolidierungspolitik – erst durch Stoltenberg, dann durch Waigel – dafür gesorgt, dass eine ununterbrochene Wachstumsphase uns – ohne die Wiedervereinigung – schon 1990 einen ausgeglichenen Haushalt beschert hätte. Auch 2005 hat die unionsgeführte Regierung dafür gesorgt, dass wir 2006, 2007 und bis ins Jahr 2008 Wachstumsraten und einen starken Rückgang der Arbeitslosigkeit auf teilweise unter drei Millionen hatten. Ohne das Heereinbrechen der Krise hätten wir schon für die Jahre 2010, 2011 die Chance auf einen ausgeglichenen Etat gehabt. Die Krise hat uns zurückgeworfen. In der Krise muss man Maßnahmen treffen, um die Auswirkungen abzufedern, um schnell wieder zu Wachstum zu kommen. Der eingeschlagene Weg zahlt sich aus. Aber jetzt müssen wir darüber sprechen, wo notwendige Konsolidierungsbeiträge aller Ressorts in allen Bereichen zu leisten sind. Das wissen die Ressortchefs. Daher gehen wir davon aus, dass sie von sich aus bei der Aufstellung des Etats 2011 Einsparungsnotwendigkeiten bei sich sehen.

Allenthalben wird die Forderung nach mehr Steuergerechtigkeit erhoben. Wenn man die negativen Auswirkungen unseres derzeitigen Steuersystems sieht, dann ist das sehr wohl nachvollziehbar. Bei jeder Lohn- und Gehaltserhöhung schlägt der Fiskus voll zu. Vor allem die unteren und mittleren Einkommensgruppen sind von der Steuerprogression besonders stark betroffen. Gedenken Sie das im Rahmen einer Reform zu ändern und wenn ja, wie wollen Sie das ändern?

Koschyk: Dem muss das Hauptaugenmerk aller Reformbemühungen gelten. Einen ersten Einstieg dazu haben wir ja schon im Konjunkturprogramm II der alten Re-

gierung geleistet. Das heißt: Bereits in diesem Jahr wird die kalte Progression ein Stück weit abgebaut. Das wird zur Entlastung der unteren und mittleren Einkommen führen. Es kann nicht sein, dass ein Vorarbeiter den Spitzensteuersatz zahlt. Hier werden wir bei zukünftigen Entlastungen ansetzen.

Herr Koschyk, noch ein Wort zu der umstrittenen Mehrwertsteuer-Erleichterung für das Hotelgewerbe. Die einen sehen darin einen ordnungspolitischen Sündenfall, andere sprechen von reiner Klientelpolitik und nur wenige von Anpassung an getroffene EU-Beschlüsse. Wie stehen Sie dazu?

Koschyk: Gerhard Schröder hat als Kanzler den Weg freigemacht für differenzierte Mehrwertsteuersätze gerade auch im Hotel- und Gastronomiebereich in Europa. Alle politischen Parteien haben dies in den letzten Jahren gefordert. CSU und FDP standen dabei an der Spitze, aber auch SPD und Grüne in Bayern, selbst die Linke haben einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Hotels und die Gastronomie gefordert. Das geschah im Hinblick auf die scharfe Wettbewerbssituation, da wir in 21 der 27 EU-Mitgliedstaaten ermäßigte Mehrwertsteuersätze in diesem Bereich haben. Wir haben jetzt einen ersten Akzent gesetzt. Eine große Lösung für Hotels und Gastronomie war nicht finanzierbar. Für Hotels haben wir die Absenkung auf sieben Prozent gemacht. Das ist verantwortlich. Und das ist notwendig, denn in allen Staaten um uns herum haben wir niedrigere Mehrwertsteuersätze. Wir wollen, dass auch Urlaub in Deutschland gemacht wird, dass Kongresse und Tagungen nicht jenseits der deutschen Grenzen, sondern bei uns stattfinden. Und wir haben durch Rückmeldungen aus der Branche erfahren, dass die Hotels die Chance nutzen möchten, um mit attraktiverer Preisgestaltung und Modernisierungsmaßnahmen eine bessere Auslastung ihrer Häuser zu erzielen. Deshalb war dieser Schritt richtig. Alle haben ihn gefordert, wir haben ihn umgesetzt. Es ist scheinheilig, wenn die, die ihn früher gefordert haben, sich jetzt davon distanzieren.

Mit Hartmut Koschyk sprach Fridolin M. Rüb.

Sarkozy erwächst neuer Gegner: Freispruch stärkt Villepin

Wende im Duell der beiden neogaullistischen Super-Egos – Ehemaliger Premier rüstet sich für Wahlkampf 2012

Von Hans-Hermann Nikolei, dpa

Nicolas Sarkozy wollte ihn „am Fleischerhaken aufhängen“. Hartnäckig zerrte der französische Präsident seinen langjährigen Rivalen Dominique de Villepin vor Gericht, um ihn als Anstifter eines Verleumdungskomplots hinter Gitter zu bringen. Doch die Richter waren nicht bereit, Sarkozy mit einem Schuldspruch zu seinem 55. Geburtstag ein Geschenk zu machen. Im Gegenteil: Sie sprachen Villepin in allen Punkten frei und ebneten ihm damit den Weg für seine Kandidatur gegen Sarkozy bei der Präsidentenwahl 2012.

Jetzt muss Sarkozy um seine Wiederwahl bangen. Denn Villepin könnte ihm entscheidende Stimmen nehmen. Mit Grauen erinnert man sich im Élyséepalast an die Wahl 2002, als die Spaltung des linken Lagers dem Rechtsradikalen Jean-Marie Le Pen in die Stichwahl gegen Präsident Jacques Chirac verhalf. Nach Sarkozys Wahl zum Staatschef 2007 schien Villepin politisch am Ende. Jetzt hat der Prozess, der ihn endgültig von der politischen Bühne schieben sollte, ihn ins Rennen zurückgebracht. Sarkozy ver-

zichtete auf eine Berufung und sorgte für mediales Gegenfeuer, indem er eine Konferenz über die ausufernden Staatsdefizite eröffnete.

Er habe bei dem Prozess nur gewinnen können, sagte Villepin in einem „imaginären Interview“ der Satirezeitung „Le Canard enchaîné“. „Werde ich verurteilt, bin ich ein Märtyrer. Werde ich reingewaschen, bin ich ein Held.“ Und er jubelt: „Bei der Präsidentenwahl 2012 reichen kleine zwei Prozent, um Sarkozy zu versenken.“ Villepin soll diese ihm untergeschobenen Sätze privat tatsächlich geäußert haben.

Der Rechtsgaullist Nicolas Dupont-Aignan meint, der Prozess habe den Franzosen die Stärke und den Mut Villepins gezeigt. Villepin selbst jubelt: „Sarkozy wollte aus mir einen Unberührbaren machen. Das Gegenteil ist geschehen.“ Denn jetzt steht im ewigen Duell der beiden neogaullistischen Super-Egos nicht mehr Sarkozy als Opfer des Verleumders Villepin dar, sondern der frühere Außen- und Premierminister als Opfer der Verbissenheit Sarkozys.

Villepin ist schon im Wahlkampf für 2012. Er organisiert Treffen und hat angeblich schon 8000 Mitstreiter



Ein Bild aus der Zeit, in der Sarkozy Innenminister unter Premier Villepin (l.) war.

und mehr als 20 Abgeordnete hinter sich geschart.

Als Organisatorin hat er die Ex-Ministerin Brigitte Girardin gewon-

nen, die einst für Chirac Wahlkampf machte. Die Leute kämen „für den Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit oder für ein unabhängiges

Frankreich, das von Villepin bei seiner UN-Rede gegen den Irakkrieg verkörpert wurde“, sagte Girardin der Nachrichtensite mediapart. Villepins feuriges Plädoyer in New York gegen die US-Kriegspläne ist den Franzosen als mutig und historisch im Gedächtnis geblieben.

Der eigentliche „Clearstream-Skandal“ ging in dem Prozess völlig unter. Am Anfang waren mit einer gefälschten Kontoliste Manager angeschwärzt worden. Sarkozys Name kam erst später auf die Liste und machte sie für die Medien „sexy“. Doch am Ende schaute alles nur auf Sarkozy. Und von den Angeklagten interessierte nur Villepin. Das könnte sich mit einem Berufungsprozess ändern. Und der ist schon sicher. Der als Haupttäter zu drei Jahren Haft verurteilte Jean-Louis Gergori will die Schmach nicht auf sich sitzen lassen. Er sei nicht so, wie im Urteil unterstellt, sagte der frühere Vizepräsident des Airbus-Konzerns EADS. „Ich habe meinem Land 34 Jahre gedient.“ Sarkozy äußerte sich am Ende verwundert über die Verschönerung. Er kenne „keinen der Verurteilten“, erklärte er. „Und ich frage mich immer noch, was sie angetrieben hat.“